

BEWERTUNG DES SCHWARZ-GELBEN KOALITIONSVERTRAGES

- Juso-Bundesvorstand, November 2009 -

Die schwarz-gelbe Koalition ist unsozial und rückschrittlich. Bereits in den Koalitionsverhandlungen ist deutlich geworden, dass es nicht geht, parallel Steuersenkungen und Haushaltskonsolidierung durchzusetzen. Die geplanten Steuersenkungen kommen Unternehmen, Erben und Besserverdienenden zugute, womit die Richtung von Schwarz-Gelb schon klar wird. Auf der einen Seite wird versucht, sich einen „sozialen Anstrich“ wie z.B. beim Schonvermögen zu geben, auf der anderen Seite wird aber knallharte Interessenpolitik für die oberen Schichten durchgesetzt. Im Anschluss setzen wir uns mit verschiedenen Bereichen des schwarz-gelben Koalitionsvertrages auseinander. Zunächst geht es um eine Bewertung und die Einschätzung, mit welchen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren gerechnet werden muss. Im Anschluss geht es um einen kurzen Ausblick, was die Aufgabe der Jusos in den nächsten Monaten und Jahren sein könnte.

Gesundheit

Der Gesundheitsbereich wurde in den Koalitionsverhandlungen offensichtlich von der FDP dominiert. Wo die FDP sich in anderen Bereichen nicht durchsetzen konnte, hat sie der zukünftigen Gesundheitspolitik der neuen Regierung ihren Stempel aufgedrückt. Alleine die Tatsache, dass die FDP zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik das Gesundheitsressort übernimmt, ist ein deutliches Zeichen dafür. Zwar bleibt der Gesundheitsfonds bestehen - den die Liberalen und die CSU abschaffen wollten (wohlgemerkt aus unterschiedlichen Gründen) - jedoch schrittweise stark verändert. Der Begriff wird im Koalitionsvertrag nicht einmal erwähnt. Die geplanten Maßnahmen erinnern jedoch stark an die Gesundheitsprämie, auch wenn dieser Begriff ebenfalls nicht verwendet wird. Dies wird sehr deutlich durch den Satz „Beitrag und Leistung müssen in adäquaten Verhältnis stehen“ zum Ausdruck gebracht. Er bedeutet nichts anderes als ein System eines lohnentkoppelten Einheitsbeitrags - die Prämie. Konkreter werden die Formulierungen allerdings nicht. Sehr deutlich wird aber eine Ablehnung eines staatlich organisierten Gesundheitssystems sowie eine schrittweise Entkoppelung der Beiträge von den Lohnnebenkosten. Dies bedeutet konkret eine weitgehende Abschaffung der paritätischen Finanzierung des Systems, das durch die Einführung des Gesundheitsfonds bereits beschnitten wurde. Denn der Arbeitsgeberanteil wird eingefroren und die Kosten werden auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert.

Ferner wird an den Privaten Krankenversicherungen weiter festgehalten und durch geplante Gesetzesänderungen soll das System sogar ausgebaut werden. So soll ein Wechsel in die PKV erleichtert werden, z.B. schon nach dem einmaligen Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze. Damit will die neue Bundesregierung mehr Wettbewerb in

das System bringen. Dies wird sich im Zweifel negativ auf die Qualität der Leistungen auswirken und weiter die Zwei-Klassen-Medizin ausbauen.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollen mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Vergütung erhalten. Ungeachtet der zunehmenden Kritik an den KVen, deren Auflösung mittlerweile von anerkannten ExpertInnen und selbst aus den eigenen Reihen gefordert wird, soll damit die Vormachtstellung der KVen weiter ausgebaut werden. Auch zu der Forderung, dass in Zukunft mehr HausärztInnen direkt mit den Krankenkassen Verträge abschließen sollen, wird nicht Stellung bezogen. Die KVen sind und bleiben Monopole und Kartelle und verhindern, entgegen der Behauptung des Koalitionsvertrags, Transparenz und Effektivität in der Gesundheitsversorgung vor Ort.

Bei der Krankenhausversorgung soll das Diagnosis Related Groups (DRG) System (wo notwendig) ausgebaut werden. Das System regelt die Finanzierung der Krankenhausversorgung und richtet sich entgegen dem alten System nicht an der Verweildauer des Patienten, sondern an den Diagnosen und damit verbundenen Behandlungen aus. Die PatientInnen werden dabei in Gruppen unterteilt, der finanzielle Aufwand wird pauschaliert. Dies hat zur Folge, dass ein Krankenhaus kein Interesse mehr daran hat, PatientInnen möglichst lange, sondern gemäß der Pauschale zu behalten. Darunter leidet die effektive Versorgung. Das System führt dazu, dass PatientInnen öfter ins Krankenhaus müssen. Dadurch steigen die Verwaltungskosten, eine Kosteneinsparung findet hingegen nicht statt. Die Koalition hält das System für ein „lernendes System“. Da kaum Informationen (selbst dem BMG) zur Effektivität des Systems vorliegen, darf man gespannt sein, was damit gemeint ist. Seine Auswirkungen sollen weiter beobachtet werden. Unterm Strich will die schwarz-gelbe Koalition die Zwei-Klassen-Medizin zementieren. Sowohl in der Struktur als auch in der Finanzierung des Gesundheitssystems. Das Risiko und die Hauptlast werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgetragen, die ArbeitgeberInnen werden aus der Verantwortung weitgehend entlassen und die Verabschiedung aus dem Solidarprinzip wird gefördert. Die Gesundheitspolitik der nächsten Jahre wird sich mehr an der Kosteneffektivität als an der Versorgung der Patientinnen und Patienten orientieren. Die Folge wird ein ungerechtes, für die Bürgerinnen und Bürger teureres System mit schlechten Leistungen sein.

Steuer- /Finanzpolitik

„Mehr Netto vom Brutto“ lautet das zentrale Motto des Koalitionsvertrags, die FDP konnte sich an dieser Stelle besonders deutlich durchsetzen. Im Bereich der Einkommensteuer sollen im Laufe der Legislaturperiode neben den schon beschlossenen 14 Mrd. weitere 24 Mrd. Euro Steuersenkungen erzielt werden. Davon sollen auf der einen Seite Familien über ein 20 Euro höheres Kindergeld bzw. einen höheren Kinderfreibetrag bekommen, auf der anderen Seite untere und mittlere Einkommen durch einen Umbau des Steuersystems in einen Stufentarif profitieren. Union und FDP verschweigen hier aber, dass viele Menschen so wenig verdienen, dass sie bereits heute keine Einkommensteuer zahlen, sie gehen bei der Entlastung also leer aus.

Darüber hinaus ist der geplante Stufentarif äußerst ungerecht, da hiervon insbesondere höhere Einkommen profitieren dürften. Doch damit nicht genug: Bei der Unternehmens- und Erbschaftssteuer sind ebenfalls mehrere Mrd. Euro Entlastung geplant, womit Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen weiter deutlich bevorzugt werden. Bedrohlich ist auch die Ankündigung zur Prüfung der Abschaffung der Gewerbesteuer: Diese ist die einzige eigenständige Steuer der Kommunen und auch der geplante Ausgleich über einen höheren Anteil an anderen

Steuern lässt nichts Gutes ahnen: Gut möglich, dass die ohnehin schon klammen Kommunen bald noch tiefer in die roten Zahlen rutschen.

Bei der Gegenfinanzierung dieser Steuergeschenke an die Wohlhabenderen verliert sich die Koalition im Ungefähren: Man setzt auf mehr Wachstum (das es in diesem Ausmaß wohl kaum geben wird) und ermahnt zur Ausgabendisziplin (ohne konkrete Sparmaßnahmen zu nennen). Vermutlich wird es daher noch im Laufe der Legislaturperiode zu einem der beiden Szenarien (oder einer Kombination aus beiden) kommen: Die Ausgaben und damit staatliche Leistungen etwa für die Förderung des Arbeitsmarkts oder die Zuschüsse zu Rente werden deutlich gekürzt oder es kommt doch an anderer Stelle zu Steuererhöhungen, wobei die Mehrwertsteuer zur Debatte stehen dürfte. Ausgeschlossen wird deren Erhöhung zumindest nicht. Nimmt man noch die geplanten Mehrbelastungen der Versicherten im Bereich der Pflege und Gesundheit hinzu, wird insgesamt deutlich: Entlastet werden die Wohlhabenden, die normalen ArbeitnehmerInnen hingegen dürften erneut ärmer werden.

Arbeitsmarkt

Einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn wird eine klare Absage erteilt, weitere branchenspezifische Mindestlöhne müssen demnächst vom Kabinett beschlossen werden, was angesichts der Position der FDP als klare Absage an weitere Regelungen gedeutet werden kann. Schlimmer noch: Die bestehenden Mindestlöhne sollen bis 2011 evaluiert und dann ggf. abgeschafft werden. Damit werden Armutslöhne von der Koalition weiter Tür und Tor geöffnet. Der Kündigungsschutz bleibt erhalten (zumindest steht dessen Beschneidung nicht im Vertrag), er wird aber unterhöhlt: Auch wenn anderes behauptet wird, können Arbeitsverträge künftig unendlich befristet werden, es muss nur alle zwei Jahre eine Wartezeit von einem Jahr eingelegt werden, um erneut beim selben Arbeitgeber einen befristeten Arbeitsvertrag zu erhalten. Die ineffiziente Förderung von Minijobs, die zu einem großen Teil zur dramatischen Ausweitung des Niedriglohnsektors geführt haben, wird durch eine Erhöhung der Grenze (im Raum stehen 600 Euro) sogar noch ausgeweitet. In der Folge werden weitere Beschäftigte ohne soziale Absicherung sein, die im Vertrag erhoffte ‚Brückenfunktion‘ in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis hat in den letzten Jahren erwiesenermaßen nicht stattgefunden. Insgesamt wird also der Prekarisierung von Arbeitsverhältnis weiter Vorschub geleistet.

In Bezug auf Arbeitslose dominierte die Meldung, dass das Schonvermögen für Hartz IV-EmpfängerInnen ausgeweitet werden soll. Auch wenn man sich natürlich fragt, warum diese Änderung nicht bereits in der Großen Koalition unter Beteiligung der SPD durchgesetzt wurde, lohnt es sich dennoch genauer hinzuschauen. Gemeint ist erstens lediglich das Schonvermögen, das der verbindlichen Altersvorsorge dient und zweitens sind die wenigsten der Hartz IV-EmpfängerInnen überhaupt davon betroffen; insbesondere im Osten haben viele Menschen überhaupt kein solches Vermögen aufgebaut. Von daher kann man, auch wenn natürlich Verbesserungen für einige Arbeitslose geschaffen werden, die zu begrüßen sind, diese Änderung eher als Symbolik bezeichnen, die über die weiteren Maßnahmen in diesem Bereich hinwegtäuschen soll. So plant Schwarz-Gelb die Leistungen für die Unterkunft sowie für Energie- und Nebenkosten zu pauschalisieren. Auch wenn regionale Besonderheiten berücksichtigt werden sollen, wird dies letztendlich auf eine Leistungskürzung hinauslaufen und gerade die schwankenden Kosten im

Energiebereich meist nicht decken. Ironisch erscheint da die Begründung des Koalitionsvertrages, dass dadurch Anreize zum Energiesparen geschaffen werden.

Aber nicht nur bei den materiellen Leistungen auch bei der Förderung sind Einschnitte zu erwarten. Die KoalitionärInnen verstecken sich momentan hinter der Formulierung der Aufgabenüberprüfung der BA Förderung. Gleichzeitig wurde jedoch bekannt, dass man die BA-Mittel kürzen soll, ein finanzieller Beitrag zu den geplanten Steuererleichterungen.

Die große Reform der Zusammenfassung von Sozialleistungen bleibt nebulös. Hier haben die KoalitionärInnen eine Prüfung verabredet. Klar ist jedoch, falls es ein bedarfsorientiertes Bürgergeld geben sollte, bedeutet dies letztendlich den Ausstieg aus dem jetzigen Solidarsystem und eine drohende Leistungskürzung für diejenigen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind.

Bildung

Als „Bildungsrepublik Deutschland“ bezeichnen Union und FDP den Abschnitt zu Bildungspolitik und setzen es im Koalitionsprogramm an zentrale Stelle. Union und FDP wollen mit ihren Vereinbarungen das angeblich beste Bildungssystem der Welt schaffen, und lassen dabei Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit völlig außer Acht. Mit einem bundesweiten Stipendienprogramm setzen Union und FDP im Bereich der Studienfinanzierung ihren Stempel auf. Ähnlich dem nordrhein-westfälischen Modell sollen ausgewählte Studierende ein Stipendium von 300 Euro monatlich bekommen – die eine Hälfte durch den Staat, die andere durch die Wirtschaft finanziert. So kann Chancengleichheit nicht erreicht werden! Stipendien, egal wie sie ausgestaltet werden, stellen keine allen jungen Menschen offen stehende Option der Studienfinanzierung dar und dienen einzig und allein der Elitenförderung. Es werden in der Regel eher die Studierenden davon profitieren, die ohnehin finanziell abgesichert sind. Studierende aus einkommensschwachen oder nichtakademischen Familien erhalten deutlich seltener ein Stipendium, so dass gerade die, die es benötigen würden, von diesem System nicht erfasst werden. Auch wenn es derzeit heißt, das BAföG würde „zunächst“ nicht angetastet werden, ist erstmal völlig klar, dass es unter Union und FDP zu keiner weiteren BAföG-Erhöhung kommen wird. Außerdem kann man sich an drei Fingern abzählen, dass es mit der Einführung eines Stipendiensystems nach und nach zur Aushöhlung des BAföGs kommt.

Im Bereich der Bildungsfinanzierung werden die Menschen gleich auf das vorbereitet, was ihnen in den kommenden Jahren noch bevorstehen wird. Union und FDP möchten Eltern auf das Sparen für Bildungsgebühren vorbereiten und fördern deshalb ein sogenanntes Zukunftskonto mit 150€ Startgeld. Damit machen Union und FDP deutlich, dass es mit ihnen keine Rücknahme von Studiengebühren geben wird und weitere Bildungsgebühren im Schul- oder Hochschulbereich in der Zukunft nicht ausgeschlossen sind.

Union und FDP haben kein Interesse, Bildung effektiv zu fördern sozial auszugleichen und die Teilhabe von mehr Menschen an ihr zu erhöhen. Weder finden sich konkrete Vorschläge, wie Union und FDP dafür sorgen wollen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten, alle Studierenden gut betreut werden und gute Studienbedingungen vorhanden sind. Noch gibt es Vorschläge, wie die Weiterbildung endlich ausgebaut werden kann und Bildung für alle tatsächlich umgesetzt werden kann.

Mit der geplanten Bildungspolitik der schwarz-gelben Koalition werden soziale Ungleichheiten nicht bekämpft sondern weiter gefördert. Mit Union und FDP gibt es auch in der Bildungspolitik mehr Abhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern, weniger Staat und freies Spiel der Marktkräfte. So werden soziale Schieflagen vertieft und Klientelpolitik für einige wenige durchgesetzt.

Umwelt- und Energiepolitik

Schwarz-Gelb wird die Laufzeiten für Atomkraftwerke unter bestimmten Bedingungen verlängern. Längere Laufzeiten werden an die "Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards" geknüpft, heißt es im Koalitionsvertrag. Das Neubauverbot bleibt bestehen. Union und FDP haben außerdem festgelegt, dass das niedersächsische Gorleben weiter als Endlager-Standort geprüft wird. Damit wird das bestehende Moratorium für die Erkundung aufgehoben. Die Endlager Asse II und Morsleben sollen geschlossen werden. Alle Formulierungen sind atomkraftfreundlich und Begrenzungen der Laufzeitverlängerungen wurden auch nicht aufgenommen.

Erneuerbare Energien sollen weiter gefördert werden. Das sind alles leere Phrasen: Es ist klar, dass die Koalition mit der Laufzeitverlängerung den Ausbau der erneuerbaren Energie und der Kraft-Wärme-Kopplung gefährdet. Es gibt noch keinerlei Zusagen von den Energiekonzernen die kommenden Zusatzgewinne für Investitionen in erneuerbare Energien, Forschung und Energieeffizienz für die Politik nutzbar zu machen. Laut Vertrag sollen auch nur wesentliche Teile und nicht, wie im Wahlprogramm vollmundig verkündet, die Hälfte der Konzernzusatzgewinne für einen Energiefonds abgezweigt werden. Sucht man nach einem energiepolitischen Konzept, kann man einzig und alleine eine Konzeptlosigkeit konstatieren. So lange die Koalition kein Energiekonzept vorlegt, das klar formuliert, welche Meiler vom Netz gehen und welche Laufzeiten verlängert werden sollen, wird es auch keine Planungssicherheit für die Investitionen in erneuerbare Energien geben. Das bedeutet, dass Deutschland mindestens ein Jahr energiepolitischer Stillstand bevorsteht. Einige ältere Atommeiler sollen laut Atomgesetz nächstes Jahr zur Abschaltung bereitstehen. Damit keine Vorentscheidungen vor dem energiepolitischen Konzept getroffen werden können, signalisierte die schwarz-gelbe Bundesregierung, dass man möglicherweise bereit sei, Laufzeiten von neuen auf alte Meiler zu übertragen. Das wäre ein unglaubliches Risiko! Überlebenshilfen für ältere noch unsichere Kernkraftwerke darf es nicht geben.

Es bleibt beim beschlossenen Ausstiegsplan aus dem subventionierten Kohle-Bergbau an der Ruhr und an der Saar spätestens bis 2018. Es besteht mit dieser Bundesregierung auch nur noch wenig Aussicht auf eine positive Überprüfung im Jahr 2012.

Gleichstellung

Dem Thema Gleichstellung ist im gesamten Koalitionsvertrag nur eine von insgesamt 124 Seiten gewidmet. Dementsprechend dünn fallen die politischen Aussagen aus. Die CDU/FDP möchte in der Wirtschaft dafür werben, dass Frauen gerecht entlohnt werden und in Führungspositionen aufsteigen können. Konkrete gesetzliche Regelungen um dieses Ziel umzusetzen, gibt es nicht. Zudem möchte die Koalition eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik entwickeln und ihnen berufliche Perspektiven in den pflegerischen und erzieherischen Berufen ermöglichen. Dieser Schritt ist sicher zu begrüßen, jedoch fehlen an dieser Stelle Aussagen dazu, wie die Mädchen für Berufe gefördert werden sollen, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind. Eine Aussage zur Weiterentwicklung der Frauenpolitik findet sich ebenfalls nicht. Insgesamt ein sehr dürftiges Kapitel des Koalitionsvertrages. Es fehlt eine gleichstellungspolitische Vision. Das Thema Gleichstellung ist für die große Koalition ein absolutes Randthema.

Familienpolitik

Das erklärte familienpolitische Ziel der Koalition lautet, dass „mehr Kinder in Deutschland geboren werden“ sollen. Ab 2013 soll ein Betreuungsgeld von 150 Euro (ggf. als Gutschein) für Kinder unter drei Jahren eingeführt werden. Dieses Geld wird unabhängig vom Einkommen der Eltern bezahlt und nur dann, wenn Eltern nicht die staatlich geförderten Krippenplätze nutzen. Dies befördert, dass Eltern (in den meisten Fällen Frauen) in Zukunft in den ersten Jahren zu Hause bleiben und ihre Kinder nicht betreuen lassen werden. Das bedeutet zum einen, dass den Kindern die Möglichkeit auf frühkindliche Bildung und zum anderen, den Frauen ein Wiedereinstieg in den Beruf erschwert wird. Das ist aus gleichstellungs- und bildungspolitischer Sicht ein katastrophaler Rückschritt. Zudem will die Koalition den Kinderfreibetrag und das Kindergeld erhöhen. Eine Regelung, von der vor allem Besserverdienende profitieren werden. Da das Kindergeld weiterhin auf den ALG II Satz angerechnet werden wird, haben insbesondere die ärmsten Familien nichts davon. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll in einer Kampagne aufgegriffen werden. Konkrete Ideen, wie eine bessere Vereinbarkeit umgesetzt werden soll, werden nicht benannt.

Im Koalitionsvertrag ist nichts zu lesen, wie das erklärte Ziel von „mehr Kindern“ erreicht werden soll. Hierfür müssten sich die grundsätzlichen Rahmenbedingungen ändern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Junge Paare müssten sich gleichzeitig für Beruf und Familie entscheiden können. Mit der sogenannten „Herdprämie“ werden jedoch statt flexiblen Betreuungsmodellen die traditionellen Geschlechterrollen gefördert, die den Bedürfnissen junger Paare, die eine Familie gründen möchten, nicht gerecht werden.

Wehrpflicht

Im Gegensatz zum Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD aus dem Jahre 2005, wird im neuen Koalitionsvertrag eingestanden, dass sich die sicherheitspolitische Lage sowie Auftrag und Aufgabenspektrum der Bundeswehr geändert haben. Geknüpft an diese Feststellung wird in Aussicht gestellt, dass diesen Veränderungen bei der Wehrpflicht Rechnung getragen werden muss. In ihrem „Deutschlandprogramm“ hatte die FDP auf der Basis dieser Feststellung beschlossen, dass die Wehrpflicht nicht mehr zu begründen sei. Darüber hinaus stellte sie fest, sie sei in ihrer Ausgestaltung zutiefst ungerecht und für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mittlerweile sogar kontraproduktiv und dass sie schnellstens ausgesetzt werden müsse. Doch die Meinungen von FDP und CDU stehen in dieser Frage weit auseinander und so war es zu befürchten, dass es zu einem Kompromiss kommt, der keiner Position gerecht wird. Diese Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Die Koalitionsparteien halten am Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht fest und haben beschlossen, die Wehrpflicht bis zum 01.01.2011 auf sechs Monate zu begrenzen. Die genaue Strukturierung des Prozesses und die Ausgestaltung des Zivildienstes werden dabei nicht erläutert.

Grundsätzlich wäre eine Verkürzung der Dienstzeit zu begrüßen, wenn man diese als Einstieg in den Ausstieg verstehen könnte. Doch die Entscheidung ist eine reine Kompromisslösung, die letztendlich einerseits die Situation verschärft, in dem die Ausbildung ad absurdum geführt wird, der Personalwechsel bei den Zivildienststellen noch häufiger stattfinden wird und andererseits ein System aufrecht erhält, dass ungerecht ist und einen tief greifenden Einschnitt in die Lebensplanung junge Männer darstellt.

Kampf gegen Rechts

Besonders enttäuschend ist das Kapitel zur „Bekämpfung des politischen Extremismus“. Der Kampf gegen Rechts wird weder Schwerpunkt noch originäres Betätigungsfeld von Union und FDP sein. Durch die Ausweitung des Fonds für Opfer rechtsextremer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz auch auf „Linksextremismus“ werden bisher bereitgestellte Mittel faktisch gekürzt. Dadurch wird das Problem des Rechtsextremismus verharmlost, laufende zivilgesellschaftliche Projekte vor ihr Aus gestellt. Die Bundesstiftung für Demokratie wird keine Chance auf Umsetzung haben.

Die Orientierungslosigkeit der Koalition auf diesem Gebiet wird unterstrichen durch die Intention, Aussteigerprogramme gegen Extremismus weiterentwickeln und regionale Schwerpunkte setzen zu wollen. Völlig verkannt wird dabei die Tatsache, dass rechtsextreme Einstellungen und Gewalt Probleme in der Mitte der Gesellschaft und regional unabhängige Phänomene sind.

Entwicklungspolitik

In der Entwicklungspolitik soll ein kompletter Systemumbau erfolgen. Die Koalition möchte verstärkt Schwerpunkte setzen, um eine höhere Effektivität zu erreichen. Die Felder auf denen sich die neue Bundesregierung engagieren will sind: gute Regierungsführung, Bildung und Ausbildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Umwelt. Damit fällt allein der gesamte Punkt, die Sozialversicherungen der Entwicklungsländer auszubauen, weg. Mit Bildung allein wird man jedoch keine nachhaltige Entwicklung erreichen können. Gleichzeitig soll die Anzahl der Länder, mit denen man zusammenarbeiten will, eingeschränkt werden. Die Auswahl erfolgt nach einem Punktesystem. Dieser Punkt ist besonders kritisch, da er dazu führen kann, dass nur noch Länder unterstützt werden, deren Binnenmärkte für uns interessant sind oder die ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Technische Hilfe soll nur noch zu marktnahen Konditionen gegen Entgelt erfolgen. Für einen Schuldenerlass werden noch höhere Hürden als bisher aufgestellt. Bei dem Vorschlag der UNO eine internationale Insolvenzordnung zu implementieren, wurde ein Kurswechsel vollzogen. Dieser wird nun unterstützt. Das Ziel, 0,7% des BSP für Entwicklungshilfe auszugeben, wird der Haushaltslage unterworfen. Wobei dies unerheblich ist, solange das Ziel der Entwicklungshilfe die Stärkung der deutschen Wirtschaft bleibt.

Außenpolitik

Außenpolitik bedeutet für schwarz-gelb vor allem deutsche Interessenspolitik. So findet sich überdurchschnittlich oft im Text die Aussage, dass „deutsche Interessen“ vertreten werden sollen. Dieses Verständnis zieht sich durch den gesamten Text und wirkt sich ganz konkret auf die Ausgestaltung der Entwicklungs-, Außen- und der Abrüstungs- und Europapolitik aus.

Hier finden sich zudem alte Versatzstücke der konservativen Außenpolitik wieder. Der Schwerpunkt der Außenpolitik soll auf der transatlantischen Zusammenarbeit liegen. Weshalb vor allem die NATO gestärkt werden soll. Die Zusammenarbeit mit Russland soll vorsichtiger angegangen werden. Was gerade unter der Prämisse der „werte- und interessensgeleiteten Außenpolitik“ zu einem Rückschritt in die Zeiten des kalten Krieges führt. Die Regierung fokussiert sich bei der Reform der UNO hauptsächlich auf den Sicherheitsrat. Hier wird ein ständiger Sitz der EU gefordert, ohne die Bestrebungen nach einem ständigen Sitz Deutschlands aufzugeben. Für 2011/12 strebt Deutschland einen nichtständigen Sitz an und einem ständigen Sitz stehen sie aufgeschlossen gegenüber. Im Bereich der Menschenrechte ist neu die Fokussierung auf die Religionsfreiheit. Wobei der Schwerpunkt auf die Lage der christlichen Minderheiten gelegt werden soll. Auch hier zeigt sich die westliche Ausrichtung der Koalition.

Abrüstung

Die Bundesregierung will sich bei der Abrüstung vor allem auf nukleare Waffen beschränken. Bei den konventionellen Waffen ist der Ergeiz schwer beschränkt. Allerdings traut sich die neue Bundesregierung, den Abzug aller in Deutschland verbliebenen Atomwaffen zu fordern. Es muss sichergestellt werden, dass dies auch das Ende der nuklearen Teilhabe bedeutet.

Beim Iran setzt die Regierung auf den Verhandlungsansatz, allerdings ist sie bereit auch zu härteren Sanktionen zu setzen.

Internationale Einsätze

Hier setzt sich ein konservatives Sicherheitsverständnis durch, dass Sicherheit mit Stabilität gleichgesetzt, was dazu führen wird, dass autoritäre Regime Unterstützung finden werden. Diesem Fakt ist auch die Militarisierung der Polizei geschuldet, die in zukünftigen Einsätzen eine größere Rolle spielen soll. So soll bei der Bundespolizei eine eigene Einheit für militärische Einsätze entstehen. Mit dem Konzept der vernetzten Sicherheitspolitik werden Entwicklungshilfe-organisationen endgültig zum verlängerten Arm des Militärs. Hier folgt die Bundesregierung dem amerikanischen Beispiel. Einen schnellen Abzug aus Afghanistan wird es nicht geben. Im Koalitionsvertrag findet sich der Satz: „Die Bundesregierung wird auch weiterhin einen der Bedeutung dieser angemessenen Beitrag leisten“. Einen konkreten Abzugsplan gibt es nicht.

Innenpolitik

Auffällig im Bereich „Innenpolitik“ des schwarz-gelben Koalitionsvertrages sind die zahlreichen Evaluationen bzw. Überprüfungen, also die Vermeidung konkreter Festlegungen. Das liegt natürlich auch daran, dass der Schutz der BürgerInnenrechte ein wesentlicher Schwerpunkt der FDP im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen war, sie ihre Forderungen jedoch kaum durchsetzen konnte.

So blieb es bei einem wichtigen Punkt, nämlich der Überprüfung des BKA-Gesetzes, eben auch nur bei dessen Überprüfung. Bei der so oft kritisierten Online-Durchsuchung ändert sich allein die Zuständigkeit des anordnenden Richters. Statt dem Amtsgericht müssen Anträge auf Anordnung der Online-Durchsuchungen nun dem BGH vorgelegt werden. Auch die Telekommunikationsüberwachung, einst Grund für FDP-Verhandlungsführerin Sabine Leutheusser Schnarrenberger, 1996 als Bundesjustizministerin zurück zu treten, soll lediglich evaluiert werden. Ebenso wenig konnte sich die FDP beim Streitpunkt der Vorratsdatenspeicherung durchsetzen. Festlegungen wie die Aussetzung der Vorratsdatenspeicherung und Heranziehung der Verbindungsdaten allein bei schweren Straftaten bis zu einer abschließenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts führen nur zur Vertagung verbindlicher Stellungnahmen, nicht aber zu einem Politikwechsel.

So verhält es sich auch bei den erst kürzlich eingeführten Internetsperren. Zwar wird das Bundeskriminalamt vorerst keine Sperrlisten erstellen. Das nun als Erfolg propagierte Prinzip „Löschen statt Sperren“ ist jedoch bereits schon jetzt Inhalt des sogenannten Zugangerschwerungsgesetzes. Dieses soll dann in einem Jahr wiederum lediglich evaluiert werden.

Bemerkenswert allerdings ist das ausdrückliche Ausschließen von Internetsperren bei Urheberrechtsverletzungen. Diese waren bisher nie Diskussionsgegenstand der öffentlichen Debatte. Scheinbar gibt es Teile der Koalition, die

schon vor Ausfertigung des Zugangserschwerungsgesetzes über dessen Ausweitung nachdenken. Ungewiss und zugleich beängstigend ist daher der Evaluationsprozess im nächsten Jahr.

Bürgerinnen und Bürger sollen für den Schutz ihrer eigenen Daten sensibilisiert, der Selbstschutz durch Aufklärung, ebenso die Medienkompetenz gestärkt werden. Eigens dazu will die Koalition eine Stiftung für Datenschutz einrichten.

Auch bei der Ausgestaltung privatrechtlicher Verträge soll die Freiwilligkeit der Einwilligung in die Preisgabe von Daten eine größere Bedeutung spielen, ebenso die Erweiterung von Informationspflichten. Daneben will schwarz-gelb die Stellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz verbessern, ihm durch mehr Personal größere Unabhängigkeit zusichern.

Im ArbeitnehmerInnenschutz sollen ArbeitgeberInnen verpflichtet werden, nur solche Daten erheben zu dürfen, die für das Arbeitsverhältnis tatsächlich erforderlich sind. Insgesamt ist dieses Kapitel jedoch recht schwammig und wenig konkret. Es lässt sehr viel Spielraum für Interpretationen.

Statt Missbräuche bei Verstößen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen zu sanktionieren, haben sich die Koalitionspartner jedoch lediglich auf ein sogenanntes Datenschutzaudit verständigt. Strenge Vorschriften im Datenschutzrecht sind so kaum durchsetzbar.

Insgesamt widersprüchlich sind die Vereinbarungen in Bezug auf den Datenschutz im Internet. Einerseits soll der Datenschutz im Netz einen besonderen Stellenwert erhalten, der Internetdatenverkehr nicht generell überwacht werden. Andererseits ist geplant, dass Strafverfolgung in Kommunikationsnetzwerken durch Internetstreifen der Polizei erfolgen soll, ein elektronischer Personalausweis als Identifikationsmedium bei der Verwaltungskommunikation dient. Der angestrebte Datenschutz sowie Datensparsamkeit im eGovernment wird so wohl schwer erreichbar sein.

Ausblick

Als Jusos haben wir die Aufgabe, unsere Partei zu offensiver und harter Oppositionspolitik zu treiben und gesellschaftliche Bewegungen zu unterstützen, die für progressive und linke Politik stehen.

Offensichtlich ist, dass es mit Schwarz-Gelb gesellschaftspolitisch einen Rückschritt geben wird. Umso erforderlicher ist es, dass es breite gesellschaftliche Bewegungen gibt, die dafür sorgen, dass es keinen konservativen Roll-Back in Sachen Gleichstellung gibt, die Atomenergie wieder selbstverständlicher Teil der Energieversorgung und der Kampf gegen Nazis nicht unter dem Deckmantel der „Extremismusbekämpfung“ eingestampft wird. Hier müssen wir als Jusos mit dabei sein.

In Sachen „soziale Frage“ ist damit zu rechnen, dass wir harte Auseinandersetzungen bekommen werden. Nach der NRW-Wahl wird die Frage auf den Tisch kommen, wie die Krise finanziert werden soll und da haben CDU/CSU und FDP die Richtung schon klar vorgegeben: Ihr Klientel wird geschont und damit ist klar, dass die Finanzierung auf den Kosten der ärmeren Menschen ausgetragen wird. Hier werden wir die Aufgabe haben, handfesten Protest auf die Straße zu tragen und dafür zu sorgen, dass die SPD mit dabei ist, wenn es darum geht, gegen die unsozialen Pläne von Schwarz-Gelb zu protestieren.